

**Pleiten Pech und Pannen -
Die Deutsche Bahn
„Unternehmen Zukunft“**
Seite -3-

**Stadtwerkeprivati-
sierung in
Quedlinburg**
Seite -4-

vom Landesparteitag
DIE LINKE.
ab Seite -5-

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

17. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

30. September 2008

Aus der letzten Stadtratssitzung am 24.09.2008

Die wichtigste Entscheidung des Stadtrates: Ein neuer Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung wurde gewählt. Im 2. Wahlgang setzte sich Tobias Kogge (CDU) mit 26 Stimmen gegen Dr. Hans-Jochen Marquardt (19) und Gerry Kley (4) durch. Im 1. Wahlgang konnte er die absolute Mehrheit nicht auf sich vereinigen.

Mit einer Presseerklärung reagierten der Stadtverband der LINKEN und die Fraktion auf diese Entscheidung. Sicher-demokratische Entscheidungen - auch wenn wir die „Unterlegenden“ sind, müssen wir anerkennen. Unserer Unterstützung galt dem bisherigen Beigeordneten Dr. Hans-Jochen Marquardt. Kritisiert wird unsererseits vor allem das Agieren der Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados, die bereits im Vorfeld Herrn Kogge (CDU) als ihre 1. Wahl bezeichnete. DIE LINKE., stärkste Kraft im Stadtrat, stellt nun keinen Beigeordneten mehr! Beschlossen wurde die Vorlage „Bestellung des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle i.G.“. Aus unserer Fraktion wird Dr. Bodo Meerheim, unser Fraktionsvorsitzender, diese Aufgabe übernehmen.

Bodo hatte unsere Fraktion bereits im Lenkungsausschuss vertreten. Aufgaben des neu gegründeten Aufsichtsrates sind u.a. Entscheidungen zu treffen über Verlängerungen/Nichtverlängerungen der Verträge der jetzigen Intendanten der Oper, Thalia Theater und nt. Ebenfalls beschlossen wurde die Städtepartnerschaft der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Jiaxing (VR China). Im Hauptausschuss, aber auch im Stadtrat, gab es konträre Auffassungen zu dieser Vorlage. Von einigen Stadträten wurde kritisiert, dass in China die Menschenrechte missachtet werden und eine Städtepartnerschaft aus diesem Grund nicht in Betracht gezogen werden kann. Wir sehen in einer Begegnung der Menschen der verschiedenen Länder, im Austausch der Auffassungen der Lebensweisen, der Kulturen, des Kennenlernens der demokratischen Strukturen in unserem Land durchaus auch eine „Öffnung“ und konnten der Vorlage zustimmen.

Beschlossen wurden weitere Vorlagen, wie z. B. die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zur Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen durch den Lan-

desrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt, der mobilitätsbehindertengerechte Ausbau der Haltestelle „BG Kliniken Bergmannstrost“-Gestaltungsbeschluss, die Einziehung einer Teilstrecke der Katowicer Straße, den Jahresabschluss 2007 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau und der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle. Anträge und Anfragen hatte die Fraktion DIE LINKE. diesmal nicht eingebracht.

Der Haushalt für das Jahr 2009 soll im Oktober eingebracht werden. Eine Ansage, dass vor allem die freiwilligen Leistungen der Stadt gesenkt werden müssen, ist schon vor der Sommerpause seitens der Stadt laut geworden.

In der Stadtratssitzung wurde jetzt durch Herrn Geier, Finanzdezernent, mitgeteilt, dass jedes Ressort der Stadtverwaltung angewiesen werde, Förderverträge, die freiwillige Leistungen der Stadt beinhalten, mit Wirkung zum 1. Januar 2009 zu kündigen.

Und das werden sicher nur Anfänge sein, um die Haushaltslöcher zu stopfen!

Ute Haupt,
Stadträtin

Presseerklärung

Zur Wahl des Beigeordneten für Jugend, Soziales und kulturelle Bildung

Der hallesche Stadtrat hat heute Herrn Kogge (CDU) zum neuen Beigeordneten für Jugend, Soziales und kulturelle Bildung gewählt. Bereits im Vorfeld der Wahl hat die Oberbürgermeisterin ausdrücklich dessen Bewerbung unterstützt. Damit stellt DIE LINKE, als stärkste politische Kraft im Stadtrat, erstmalig seit 14 Jahren keinen Beigeordneten.

Durch unsere Partei wurde die Bewerbung des bisherigen Beigeordneten Hans-Jochen Marquardt

unterstützt. DIE LINKE Halle wertet die Wahl von Herrn Kogge, insbesondere aber das vorherige Eintreten der Oberbürgermeisterin für ihn, als Signal, wie Frau Szabados zukünftig mit unserer Fraktion zusammenzuarbeiten gedenkt und bedauert ihre Entscheidung. Die vom neuen Beigeordneten bei seiner Vorstellung angekündigten Einsparungen im Sozial- und Jugendbereich lassen befürchten, dass mit seiner Wahl die ihn tragenden Fraktionen und die Oberbürgermeisterin künf-

tig für eine Abkehr vom bisher von einer Mehrheit im Rat getragenen und auch von uns teilweise unterstützten politischen Ansatz in den Bereichen, Kinder, Jugend und Soziales stehen wollen. Eine Weichenstellung der halleschen Kommunalpolitik in Richtung Sozialabbau werden DIE LINKE Halle und ihre Fraktion im Stadtrat nicht mittragen. Dr. Bodo Meerheim
Fraktionsvorsitzender
Sven Knöchel
Stadtvorsitzender

Pressemitteilung der Stadtratsfraktion

Entscheid zum Neustädter Friedhof erneut behandeln

(PE-F) Die LINKE im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat auf ihrer Fraktionssitzung am 15. September 2008 beschlossen, sich im Stadtrat für eine nochmalige Behandlung des Beschlusses zur Aufgabe des Friedhofes Neustadt einzusetzen.

Die Notwendigkeit, die Schließung des Halle-Neustädter Friedhofes erneut zu erörtern und den Stadtratsbeschluss nochmals auf den Prüfstand zu stellen, hat sich für die Fraktion aus dem Umstand ergeben, dass die Stadtverwaltung und alle Ratsfraktionen die für einen Beschluss dieser Tragweite offensichtlich gewünschte und notwen-

dige Bürgerbeteiligung unterlassen haben. Dies wurde in zahlreichen, in den letzten Tagen geführten Gesprächen mit Vertretern von Bürgerinitiativen, Vereinen und Organisationen, wie z.B. dem Seniorenrat, deutlich. Zu dieser Positionierung innerhalb der Stadtratsfraktion trugen außerdem die zahlreichen, teilweise sehr emotional geführten Gespräche mit Hallenserinnen und Hallensern auf dem Neustadt-Fest am vergangenen Samstag wesentlich bei. Stadtverwaltung und die Ratsfraktionen haben bei diesem Beschluss augenscheinlich zu wenig Sensibilität und zu viel, aber

sachlich begründete Rationalität bewiesen. Die Stadtpolitik sollte deshalb das Begehren der Bürgerinnen und Bürger wahr- und nochmals aufnehmen.

Um die immer noch erforderliche Sanierung der Feierhalle zu ermöglichen, schlägt DIE LINKE vor, das Vorhaben in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ einzuordnen. Wie die emotionale Reaktion der Bürgerinnen und Bürger Neustadts zeigt, ist das Fortbestehen des Friedhofes für einen Stadtteil, der trotz Schrumpfung größer ist als die größte Kreisstadt Sachsen-Anhalts, eine zutiefst soziale Frage.

Europa braucht starke Regionen

(PE-F) Am 18. September 2008 trafen sich Stadträtinnen und Stadträte der Fraktionen DIE LINKE aus Halle und Leipzig zur Beratung über den Stand und die Perspektiven der Metropolregion Sachsen-dreieck. Sie informierten sich über die Umsetzung der Empfehlungen der Auftaktkonferenz vom 15. November 2007 und die aktuellen Arbeitsschwerpunkte der vier Arbeitsgruppen, vor allem die geplanten Projekte für die Entwicklung eines Wissensatlas, das Magazin zum Thema „Solar“ sowie die Prä-

sentation dazu in der sächsischen Landesvertretung in Brüssel. Knackpunkt der weiteren Profilierung des Metropolregionengedankens scheint derzeit die Formulierung eines Leitbildes und in diesem Zusammenhang die Entwicklung eines geeigneten Namens für das Projekt zu sein. Beide Fraktionen, die sich dabei eine stärkere Einbeziehung ihrer Stadträtinnen und Stadträte wünschen, sehen das als eine wichtige Voraussetzung für die Abgrenzung der Region sowie die erforderliche Akzeptanz in der

Bevölkerung sowie der Kommunalpolitik an. Die Linksfraktionen der beiden Großstädte werden sich in den kommenden Monaten intensiver dem Thema regionale Zusammenarbeit und den damit verbundenen Problemen widmen. Es ist geplant, vor allem zur Profilierung der sozialen und ökologischen Seite des Zukunftsprojekts, weiter gemeinsame Beratungen durchzuführen. In Vorbereitung der nächsten Metropolregionenkonferenz am 30. Januar 2009 werden sie dazu gemeinsame Positionen erarbeiten.

Pleiten Pech und Pannen - Die Deutsche Bahn „Unternehmen Zukunft“

Die Serie von Peinlichkeiten aus der Vorstandsetage der DB AG reißt nicht ab. Letztes Beispiel sind die beabsichtigten „Servicegebühren“ für den Fahrkartenkauf am Schalter.

Es gehört schon eine ganze Portion Unverfrorenheit dazu, im Umfeld der Verkündung steigender Gewinne (allein der neue/alte Bereich DB Mobility & Logistics AG Mio. • 400) und angesichts der gerade erst beschlossenen und auf Volltouren laufenden Kapitalprivatisierung der Bahn erst Preiserhöhungen in Höhe von ca. 3,9% ab 14.12.2008 anzukündigen und diese Preiserhöhung mit den Tarifabschlüssen der GDL und gestiegenen Energiekosten zu begründen (Ist ja auch für die Menschen „plausibel“!). Im gleichen Atemzug zusätzlich eine Servicegebühr für den Fahrkartenverkauf am Schalter zu verlangen schlägt allerdings dem Fass den Boden aus.

Zum Vergleich:

Der Tarifabschluss der GDL belastet die DB im Jahr 2008 lediglich mit ca. Mio. • 2,33/Monat mehr als im Vergleichszeitraum 2007. Auch mit den Energiekosten lassen sich die teurer werdenden Fahrkarten nicht wirklich begründen. So steht im Geschäftsbericht 2007 „Bei Energien und Kraftstoffen lag das Auftragsvolumen - trotz höherer Energiepreise - mit 2,0 Milliarden Euro auf Vorjahresniveau.“ Insgesamt wird die Bahn bei gleichbleibenden Ausgaben für Energie lediglich mit Mio. • 28 pro Jahr aus dem Tarifabschluss der Lokführer belastet. Dem gegenüber steht eine nur durch die Servicegebühr von • 2,50 je einfache Fahrt geplante

Mehreinnahme von Mio. • 60!

In dieser Situation gibt es nun einen „großen“ Aufschrei der „Volksparteien“ CDU und SPD und eine entsprechende parlamentarische Initiative im Landtag von Sachsen-Anhalt, um diese Servicegebühren zu stoppen.

Getreu Goethes Zauberlehrling werden jedoch just CDU und SPD, welche erst im Mai 2008 im Bundestag die Kapitalprivatisierung der DB AG beschlossen haben, die Geister die sie riefen nicht mehr los und sind panikartig verwundert, dass Hr. Mehdorn seinen Job erledigt, wie es sein Auftrag ist; nämlich Geld zu verdienen!

Hr. Mehdorn sorgt dafür, dass den privaten Dritten, welche 24,9% der neuen „Mobility & Logistics“ Sparte demnächst über die Börse kaufen können, von der beabsichtigten Preiserhöhung sofort eben 24,9% bar netto in die Taschen fließen.

Eine deutliche Sprache spricht der bekannte Entwurf des Beteiligungsvertrages zwischen der BRD und der DB AG zur Teilkapitalprivatisierung der DB AG vom 04.06.2008 im § 5 Absatz 4.

„Die steuerlichen Verlustvorträge verbleiben bei der DB AG. Die Verrechnungsmöglichkeiten dieser Verlustvorträge aus den Gesellschaften der DB ML AG endet mit der Aufnahme von außenstehenden Aktionären und der Auflösung der Organschaft zwischen der DB AG und der DB ML AG.“

D. h. die gesamten Gewinne der DB ML AG fließen mit der Teilkapitalprivatisierung der DB AG nicht mehr an die DB Ag, sondern werden im Verhältnis 75,1%/24,9% geteilt und von jedem ein-

gesetzten Euro erhalten die neuen Miteigentümer der Bahn sofort 25 Eurocent Rendite! Davon kann selbst Hr. Ackermann Vorstand der Deutschen Bank noch träumen. Diese Umverteilung der Fahrkarteneinnahmen ist somit ebenso eine direkte Folge der Teilkapitalprivatisierung der Bahn, wie die dann rasant fortschreitende Streckenstilllegung in Folge unterlassener Instandsetzung bzw. Erüchtigung der Eisenbahninfrastruktur.

Die mit der Teilprivatisierung der DB AG zwischen Bund und DB AG abzuschließende Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) regelt dies eindeutig!

Anlage 7.3 der LuFV (Entwurf vom 27.05.08)

„Verbesserungs- und Ausbaumaßnahmen für den Schienenpersonennahverkehr, deren Umsetzung volkswirtschaftlich nicht zu vertreten ist, sind zu unterlassen. Eine Förderung aus Infrastrukturbeiträgen des Bundes gemäß § 2.1 ist ausgeschlossen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die nachfolgenden Grenzwerte nicht erreicht werden:

* Strecken (einschließlich zugehöriger Bahnhöfe und Stationen): Querschnittsbelastung mindestens 1.000 Reisenden-km je km Betriebslänge/Werktag,

* Bahnhöfe / Stationen mit aufwändigen Bahnsteigen und niveaufreiem Zugang an mehrgleisigen Strecken (Stationen: Typ 1): mindestens 1.000 Ein-/Aus-/Umsteiger pro Werktag,

* Sonstige Bahnhöfe / Stationen (Stationen: Typ 2): mindestens 100 Ein-/Aus-/Umsteiger pro Werktag.

Die Parteien gehen davon aus, dass eine Förderung aus Infrastrukturbeiträgen des Bundes gemäß § 2.1 nur in Betracht kommt, wenn die Länder nachweisen, dass den von ihnen gewünschten Verbesserungs- und Ausbaumaßnahmen für den Schienenpersonennahverkehr diese Grenzwerte zugrunde liegen.“

In diesem gesamten Rahmen gibt es nun einen von den „Volksparteien“ initiierten Aufschrei, welcher angesichts der Vorgeschichte ungläublicher nicht sein kann.

DIE LINKE hat bereits 2006 sowohl im Bundestag als auch im Landtag von Sachsen-Anhalt diese Entwicklung abgelehnt und gemeinsam mit außerparlamentarischen Initiativen Alternativen vorgelegt. Auch die neuen Servicegebühren lehnen wir ebenso ab, wie die beabsichtigten nicht notwendigen Preiserhöhungen zum 14.12.2008. Die Servicegebühren als solche sind nicht neu, bereits seit langem sind Fahrkarten am Automaten 1 - 2 • preiswerter als am Schalter. Statt dessen fordern

wir die Beibehaltung der Zugbegleiter als kompetente Ansprechpartner für die Reisenden, ein einfaches entfernungsbezogenes und damit übersichtliches Preissystem, welches Rabatte für besondere Anlässe oder Gegebenheiten enthalten kann und Rücksichtname der DB AG auf alle Reisenden mit eingeschränkter Mobilität.

Genau dies gewährleistet eine privaten Renditeinteressen unterworfenen Bahn nicht!

Uwe Heft
(MdL)

Stadtwerkeprivatisierung in Quedlinburg Erfolgreiches Bürgerbegehren mit 6.000 Unterschriften

(PM) Die Quedlinburger LINKE sieht sich in ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Stadtwerkeprivatisierung durch das Ergebnis des Bürgerbegehrens bestätigt und sieht darin eine schallende Ohrfeige für die Privatisierungsbefürworter im Rathaus und Stadtrat, erklärt der Quedlinburger LINKE-Ortsverbandsvorsitzende Jochen Köhler in einer Reaktion auf die Übergabe von rund 6000 Unterschriften am 16. September im Rathaus.

Wir freuen uns über den Erfolg des Bürgerbegehrens, an dem sich die Mitglieder der Quedlinburger LINKEN aktiv bei der Sammlung und mit ihren Unterschriften beteiligt haben. Der außerparlamentarische Druck durch die Quedlinburger Bevölkerung stärkt die Position der Stadträte der LINKEN, des Bürgerforums und anderer, die den Weg der Privatisierung von Bürgermeister Brecht, CDU, SPD, FDP und QfW als Ausverkauf öffentlichen Eigentums ablehnen.

Nun sind Stadtrat und Bürgermeister aufgefordert, sich zum Ergebnis des erfolgreichen Begehrens zu positionieren.

Sollten sie an den Privatisierungsplänen dennoch festhalten, müssen überparteilich alle Kräfte für den

Bürgerentscheid gesammelt werden, damit wie in Leipzig die Privatisierung der Stadtwerke durch den direkten demokratischen Willen der Bürgerendgültig vom Tisch kommt, so der LINKE-Vorsitzende Köhler abschließend.

Am **01. Oktober 2008**

findet ab **18:00 Uhr**

im **Kulturtreff
Halle-Neustadt,**

Am Stadion 6, mit

Katja Kipping,
stellvertretende Bundesvorsitzende
unserer Partei und

sozialpolitische Sprecherin der
Bundestagsfraktion zum

Thema:

**Das bedingungslose Grundeinkommen-
Stillegungsprämie oder
Ermöglichungspauschale?**

eine Diskussionsveranstaltung statt.



Demokratisch und sozial: Ein Land für alle!

Gedanken zum Landesparteitag von Swen Knöchel

„Der Wahlkampf 2009 ist eröffnet“; so Matthias Höhn in seiner Grundsatzrede auf dem Parteitag. Zu den im kommenden Jahr zu erwartenden Auseinandersetzungen formulierte er: „Wir selbst werden uns darauf einstellen müssen, dass sich alle anderen politischen Parteien an uns abarbeiten werden. Wir sollten nicht der Versuchung erliegen, mit gleicher Münze zurückzahlen. Für uns stehen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund. Wir kämpfen für unsere Themen, für unsere politischen Alternativen, für einen Politikwechsel in der Bundesrepublik. Unsere politische Agenda ist klar. Es geht um:

- * Die Wiedergewinnung des Öffentlichen
- * Das Eintreten für gute Arbeit, für die Erneuerung des Sozialstaates und seiner finanziellen Grundlagen, für Bürgerrechte und demokratische Erneuerung,
- * die strikte Umsetzung von Gleichstellung in allen Lebensbereichen und Chancengleichheit, statt sozialer Auslese in Schule, Hochschule und Beruf,
- * die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West,
- * die entschlossene Bekämpfung des Rechtsextremismus,
- * den Einsatz für eine friedliche, auf globale Gerechtigkeit gerichtete Außenpolitik Deutschlands und für ein demokratisches und soziales Europa.“

Er begrüßte in diesem Zusammenhang den Beschluss des Parteivorstandes, eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines linken Steuerkonzeptes einzusetzen. Schwerpunkt der Kommunalwahlen soll die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Er warf der Landesregierung Unfähigkeit vor die struk-

turellen Probleme des Landes zu lösen. Konzeptionslosigkeit und mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Landesregierung haben zu dem Trauerspiel geführt, dass die Gebiets- und Funktionalreform in Sachsen-Anhalt darstellt. Unsere Landtagsfraktion hat mit ihrem Antrag zur „Räumlichen Gliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ ein klares linkes Konzept gegenübergestellt.

Stellung bezog Matthias Höhn auch, zu der sich mit den Erfolgen der LINKEN wieder verschärften öffentlichen Diskussion über die DDR und SED. Er forderte „Zum einen: Wir dürfen es nicht zulassen, uns bei diesem Thema auseinanderdividieren zu lassen. Und zum anderen: Wir haben uns bereits in den 1990er Jahren als PDS eine klare Position erarbeitet: deutliche Kritik an den Verfehlungen und Verbrechen in der DDR, aber keine pauschale Delegitimierung des Sozialismusversuches nach 1945 und ganzer Lebensbiografien.“ Wenn wir dies beachten, muss DIE LINKE diese Auseinandersetzungen nicht scheuen.

Zufrieden zeigte sich der Landesvorsitzende mit der vollzogenen Vereinigung mit der WASG. „Es hat funktioniert. Mein Eindruck ist, dass wir im Landesverband nicht mehr entlang ehemaliger Parteigrenzen diskutieren oder Politik gestalten, ob vor Ort oder auf Landesebene.“ Weniger zufrieden war er mit dem Fusionsprozess der Kreisverbände nach der Gebietsreform, er rief hier zu mehr Geschlossenheit auf.

„Die Partei braucht mehr Mitglieder“, im vergangenen Jahr gab es 165 Neuaufnahmen, dass reiche, so Höhn nicht aus. Die kommenden Wahlkämpfe sollen auch zur akti-

ven Mitgliederwerbung genutzt werden.

Demokratisierung der Demokratie

„Für eine Demokratisierung der Demokratie“ so lautete die Überschrift eines Antrages, den der Landesvorstand an den Parteitag stellt. Ein großes Thema?! Schließlich unterliegt gerade der Begriff „Demokratie“ wie kaum ein anderer einer semantischen Verwahrlosung. Dient doch der Begriff „Demokratie“ quer durch alle politischen Lager als Synonym für alles Gute und Schöne, dass man sich im Leben wünschen mag. Und für alles was nicht in die eigene Vorstellungswelt passt, bezeichnet man ebenso schnell als undemokratisch. Im Namen der Demokratie wird interveniert, protektioniert und diskriminiert, vor allem, aber wird in ihrem Namen moralisiert. Was daran liegen mag, dass die Begrifflichkeit der Demokratie an sich wertfrei ist, zwar gibt es demokratische Strukturen und Verfahrensweisen, aber es gibt keine ethische Norm, die der reinen Begrifflichkeit Demokratie innewohnen, im Gegenteil ist es doch gerade das Wesen der Demokratie, dass sie alle Werte zur Disposition stellt. Demokratie ist formal oder es ist keine! In dem vorgelegten Antrag des Landesvorstandes ging es aber gerade um die Werte, die DIE LINKE mit der Form Demokratie zu ihrem eigenen Selbstverständnis verbinden will. Für DIE LINKE gewinnt Demokratie ihren Gehalt aus dem Zusammenhang von politischen und sozialen Rechten.

Um es vorweg zu nehmen, der Antrag wurde einstimmig vom Parteitag beschlossen, nach meiner Überzeugung aber, kann er nur der Anfang einer Diskussion über Werte und Wertvorstellungen unserer

Partei sein. Im einzelnen nimmt der Beschluss Stellung zum Rechtsextremismus, als Gefahr für die Demokratie, klärt die Stellung der LINKEN als Bürgerrechtspartei, fordert Toleranz und Pluralität - als gleiches Recht für alle und er stellt klar, dass gleichwertige Lebensverhältnisse die soziale Basis der Demokratie bilden. Mit dem Beschluss fordert DIE LINKE Transparenz in der Entscheidungsfindung, Informationszugang für alle Bürgerinnen und Bürger, die im gleichen Zugang



zu Bildung ihre Grundlage haben. Ein wichtiges Thema dieses Beschlusses ist auch die Demokratiesierung der Wirtschaft, hier haben die Antragsteller ein linkes Kernthema aufgegriffen und es nach meiner Überzeugung nur wenig konsequent zu Ende gedacht. Demokratisierung der Wirtschaft war erklärtermaßen das Ziel jahrzehntelanger sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Bemühungen, Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmung sollten den Weg hierhin sein - das Ergebnis ist ernüchternd. Ich denke hier muss der Beschluss Ausgangspunkt für die auch in unserer Partei bislang nur inkonsequent geführte Debatte „Wie halten wir es mit der Wirtschaft“ sein. Forderte der Antrag des Landesvorstandes ein „Nebeneinander der Entwicklung genossenschaftlicher, öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmensformen und deren Stärkung

gegenüber dem privatwirtschaftlichen Sektor“, konnte sich der Parteitag lediglich dazu durchringen, zu formulieren: „Linke Ansätze für eine Wirtschaftsdemokratie beruhen auch auf einer Stärkung“ solcher Unternehmen gegenüber dem privatwirtschaftlichen Sektor. Die Antragsteller waren jener Formulierung beigetreten, ohne dass es vorher Gegenstand der Aussprache gewesen ist. Trotz allem, der Beschluss in seiner Gesamtheit ist eine wichtige Positionierung zu den

Werten, mit denen wir Demokratie ausfüllen wollen. Ich wünsche mir, dass er in allen Basisorganisationen eingehend diskutiert wird, die Delegierten des Landesparteitages aus unserem Stadtverband stehen hierfür als Gesprächspartner zur Verfügung.

Wie Weiter bis 2013?

Der Antrag „Konzept für eine politisch handlungsfähige und finanzierbare Struktur bis 2013“ wurde vom Landesvorstand und dem Landesarbeitsausschuss Parteireform eingebracht. Der Landesarbeitsausschuss hatte in den vergangenen Jahren die Arbeit der Partei begleitet und beraten, wie Strukturen verbessert werden können. Die Problemstellungen des Antrages, hoher Altersdurchschnitt unserer Partei, knappe finanzielle Ressourcen und Schwierigkeiten bei der Gewinnung und Entwicklung von Personal sind nicht neu, sie wurden durch den Landesvorstand regelmäßig, zuletzt bei der Kreistour im November 2007 in Halle, benannt.

Der Beschluss des Landesparteitages greift diese Probleme auf: Im einzelnen behandelt er die Personalentwicklung, die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, die Strukturen unserer Regionalgeschäftsstellen unter Berücksich-

tigung der zurückgehenden Mitarbeiterzahl, er macht Vorschläge zur weiteren Finanzierung der politischen Arbeit und der kommenden Wahlkämpfe. Insbesondere die Frage, wie ab 2011 die Arbeit des Landesverbandes organisiert werden soll wirft der Beschluss als Frage auf und beantwortet sie damit, dass der Aufgabenschwerpunkt in der Landesgeschäftsstelle angesiedelt werden soll. Für die flächendeckende Arbeit in den Regionen und Kreisverbänden sieht der Beschluss vor, dass die Zukunft in einem konstruktiven Miteinander zwischen Mandatsträgern aus Bundes- und Landesebene besteht. Die regionale Verteilung der Abgeordneten führt derzeit nicht zu einer ausgewogenen Verteilung von Abgeordnetenbüros im gesamten Land. Bedenklich ist meiner Meinung aber, die Überlegung Landeslisten nach ausschließlich regionalen Kriterien aufzustellen, sollte doch die erste Frage an einen zukünftigen Mandatsträger sein, was sie oder er in die politische Arbeit unserer Partei einbringen kann und nicht wo er herkommt. Natürlich muss dann auch sichergestellt sein, dass Abgeordnete auch die flächenendeckende Präsenz der LINKEN im Auge haben und sich nicht als Regionalvertreter im Parlament verstehen.

Jenny Schulz neue Landesgeschäftsführerin

Eine weitere Aufgabe des Parteitages war die Wahl einer neuen Landesgeschäftsführerin. Die Wahl war notwendig geworden, weil Michael Entrich der die Aufgabe seit 15 Jahren wahrgenommen hat, nach Berlin in die Bundesgeschäftsstelle wechselt. Bevor der Parteitag wählen konnte, galt es Michael Entrich Dank für seine langjährige Arbeit zu sagen. Erinnert wurde an die von ihm bewältigten Herausforderungen, wie die Umstrukturierung des Landesverbandes, die Konsolidie-

rung der Partei in personeller und finanzieller Hinsicht oder die Einführung des Computer- und Internetzeit-alters in unserer Partei. Drei Vorsitzende hat Michael Entrich bei ihrer Arbeit begleitet und die Vereinigung im vergangenen Jahr mit organisiert. Das der Landesverband heute organisatorisch gut aufgestellt ist, ist auch sein Verdienst.

Für seine Nachfolge gab es nur eine Bewerberin: Jenny Schulz, 33 Jahre. Bereits in seiner Rede hatte der Landesvorsitzende Matthias Höhn sie vorgeschlagen und für ihre Wahl geworben. Er stellte dabei fest: „Jenny wird nicht viel Zeit bleiben, sich in die neue Aufgabe hineinzufinden. Das Wahljahr steht bevor. Ihr wisst was das für den internen Betrieb bedeutet“

In ihrer Vorstellung machte Jenny Schulz deutlich, dass sie für die Aufgabe gut gerüstet ist. Sie ist Politikwissenschaftlerin, neben ihrem Studium war sie als Koordinatorin beim größten ostdeutschen Jugendreiseveranstalter tätig. Von zu Hause aus LINKE, kam sie über ein Praktikum in der Landesgeschäftsstelle zu unserer Partei. Sie ist im Stadtverband Magdeburg organisiert und hier auch Mitglied des Stadtvorstandes. Bislang arbeitete sie als Wahlkreismitarbeiterin beim Bundestagsabgeordneten Jan Korte.

Das Wahlergebnis, 98x Ja, 6x Nein und 4 Enthaltungen. 90% Vertrauensvorschuss für keine leichte Aufgabe - Herzlichen Glückwunsch.

„Der Zustand der Demokratie geht alle an“

Lothar Bisky war am zweiten Tag der Beratung des Landesparteitag zu Gast. In seiner Rede setzte er sich mit den Herausforderungen des kommenden Wahljahres, der Politik der großen Koalition in Berlin und deren Folgen auseinander.

„Auch die Große Koalition ist von Kopf bis Fuß auf Wahlkampf eingestellt, trotz oder wegen der Haushaltsdebatten im Bundestag. Die SPD hat das Agenda-Team in einem Recovering auf moderne Art wieder entdeckt. Mich würde nicht wundern, wenn in der SPD nun jemand auf die Idee käme, den ausgeruhten Herrn Hartz zu rufen und ihm das Familienministerium anzutragen. Dieser, landauf, landab spürbare Wahlaktivismus unserer Großkoalitionäre ist sehr durchsichtig. Da entdeckt die CDU im Sommer Ostdeutschland als die „mo-

ausführlich zur Entwicklung in unserem Land Stellung und setzte sich mit der einseitigen, polemischen Vergangenheitsdebatte in der CDU auseinander: „Doch ich finde, die CDU kommt als Partei der Einheit, wie sie sich heute gern feiert, ein bisschen spät, wenn sie jetzt auf ihrem Stuttgarter Parteitag, der Anfang Dezember stattfindet, mit ihrem Antrag „Geteilt, Vereint, Gemeinsam“ die Verstaatlichung der Erinnerungskultur ein zweites Mal erfindet. Dass sie gerade diese fragwürdige Art der Geschichtspolitik strukturell aus der DDR überneh-



derne Mitte Europas“. Die SPD glaubt tatsächlich hier im Osten viel erreicht zu haben, um fortzufahren, weil auch noch viel zu tun sei. Die CDU wiederholt ungerührt, dass Niedriglöhne ein Vorteil des Ostens seien, um ihre einseitige Mittelstandspolitik richtig zu platzieren. Aber den Niedriglohn als Vorteil anzupreisen, das halte ich schon für ein ungeheuer starkes Stück. Sie wiederholt damit einmal mehr, dass sie den Osten gern weiter als Experimentierfeld für Lohndumping und die dann unausweichlich folgende Altersarmut ansieht. Das werden wir LINKEN nicht durchgehen lassen!“ Lothar Bisky nahm

men will, stimmt mich doch ein wenig nachdenklich. Inhaltlich klar ist der CDU natürlich, dass die DDR auf einen Unrechtsstaat reduziert werden kann, obwohl ihre eigenen CDU-Mitglieder aus dem Osten die DDR heldenhaft, und das sollte man würdigen, heldenhaft im Oktober 1989 noch verteidigt haben. Und da so viel vergessen wird, will ich doch nachträglich daran erinnern. Das sollten wir tun. Wir machen die Ost-CDU nicht schlecht, wir erinnern aber, dass sie in Sachsen etwa mit unterschiedlichen Parteien seit 60 Jahren bald pausenlos regiert.“ Für den Beitrag der LINKEN zur Geschichtsdebatte stellte er fest:

„Es wird auch in den nächsten Jahren die Geschichte nicht vergessen oder aufgearbeitet sein. Sie kommt immer wieder und ich finde das nicht bedrohlich. Wir haben, ich denke, klare aber allemal differenzierte Positionen zum Sozialismus in der DDR. Ihn zu delegitimieren, indem man Millionen Bürgern und Bürgerinnen sagt: es gab kein richtiges Leben im Falschen, ist das Gegenteil von differenzierter geschichtlicher Auseinandersetzung. Es hat eher einen Hauch von obrigkeitstaatlicher Indoktrination. Wenn die Mitglieder der LINKEN, die aus dem Osten kommen, eines gelernt haben aus dem Sozialismus in der DDR, dann das, dass wir auf die Verordnung, wie wir die Welt zu sehen haben, gern und dauerhaft verzichten können. Wir verurteilen die Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden aufs Schärfste. Wir haben Demokratie-defizite und die politische Willkür kritisiert und zugleich den differenzierten Umgang mit der DDR-Gesellschaft und den anderen osteuropäischen Ländern eingefordert. Die Auseinandersetzung, die in meiner Partei immer geführt wurde und wird, ändert nichts daran, dass wir einer pauschalen Delegitimierung eines Sozialismusversuchs nach dem 2. Weltkrieg und ganzer Lebensläufe nicht zustimmen werden.“

Leitbild zur räumlichen Gliederung der örtlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

„Unser heutiger Antrag -Die räumliche Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge- hat einen zugegebenermaßen etwas sperrigen Titel. Aber er berührt eine der wichtigsten Fragen für die Zukunft unseres Landes, das nach allen realistischen Bevölkerungsprognosen in den nächsten Jahren mit einer sinkenden Einwohnerzahl leben muss. Diese Entwicklung wird von vielen als existenzielle Bedrohung wahrgenommen. Kindergärten und Schu-

len wurden geschlossen, Bahnlinien wurden abbestellt, Krankenhäuser fusioniert und Verwaltungsstandorte reduziert. Besonders schwer wiegt für viele die Abwanderung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt, vor allem in den Regionen unseres Land, die davon besonders stark betroffen sind.“ So begann Wulf Gallert seine Rede zur Einbringung des 32 seitigen Antrages in dem die Landtagsfraktion ihre Vorstellungen zum Landesentwicklungsplan und Daseinsvorsorge einbrachte. Er legte dann ausführlich dar, warum es für DIE LINKE Sinn macht, sich mit diesen Frage auf dem Landesparteitag auseinander zu setzen. Er forderte: „Es darf in diesem Land keine so genannten Wolfs-Erwartungsgebiete geben, die vom Land aufgegeben wurden und die sich selbst aufgegeben haben. Dabei will ich mit diesem Begriff nicht den Naturschützern zu nahe treten, die durchaus begrüßen mögen, dass vor kurzem im Fläming die Spuren eines Wolfs gesichtet wurden. Was ich mit diesem Begriff meine, ist etwas anderes. Ich meine damit Gebiete, deren gesellschaftliches, soziales und kulturelles Netz zusammenbricht und die letztlich zum politischen Wolfs-Erwartungsgebiet werden, weil genau diese Regionen die Aufmarsch- und Rekrutierungsgebiete von rechtsradikalen Organisationen und Strukturen darstellen. Es ist ausdrücklich deren politische Strategie, in die Lücke hineinzustoßen, die entsteht, wenn sich Zivilgesellschaft und Staat zurückziehen. Und auch deshalb ist es für uns unabdingbare Aufgabe, die Entstehung solcher Gebiete zu vermeiden.“

Nach eingehender Diskussion wurde der Antrag der Landtagsfraktion vom Parteitag verabschiedet, nun ist es Aufgabe des gesamten Landesverbandes, unsere Vorstellungen von Landesentwicklung in den kommenden Wahlkämpfen an die

Menschen in unserem Land heranzutragen.

Zum Abschluss des Parteitages wurde noch ein Antrag zur Finanzierung des Landesverbandes behandelt. Die Delegierten beschlossen das bisherige Finanzierungsmodell, nachdem jeder Kreisverband pro Mitglied einen festen Betrag zur Finanzierung der Landesaufgaben abführt, beizubehalten. Deutlich wurde in der Diskussion aber auch, dass die Finanzarbeit in den Kreisen verstärkt werden muss. Der letzte Antrag behandelte die zukünftige Teilnahme des Landesverbandes am Pflingsttreffen am Werbelinsee. Obwohl zahlreiche Mitglieder aus Sachsen-Anhalt an dem Treffen teilnehmen, hat der Landesvorstand es in der Vergangenheit abgelehnt, sich organisatorisch und finanziell an diesem Treffen zu beteiligen. Das Linke Blatt hat darüber bereits mehrmals berichtet. Nun werden sich Landesausschuss und Landesvorstand nochmals eingehend mit diesem Thema zu beschäftigen haben. Mein Eindruck vom Landesparteitag war, dass es gelungen ist mit dem Demokratiebeschluss, dem Beschluss zur Landesentwicklung, Position zu zwei wichtigen Themen zu beziehen, die in der künftigen Arbeit unserer Partei eine wichtige Rolle spielen sollten.

Dass die Diskussion zu den Papieren im Landesverband und auf dem Parteitag nicht mit der Intensivität geführt wurde, die ich mir selbst gewünscht hatte und die den Themen angemessen wären, mag daran liegen, dass der Landesvorstand den Parteitag zu Beginn der Sommerferien einberufen hat und auch seine Anträge erst im August vorgelegt hat. Für die kommenden Jahre sollte dies bedacht werden, damit Parteitagsbeschlüsse ihrer Bedeutung gemäß, intensiv auch im Landesverband besprochen werden können.

Bedingungsloses Grundeinkommen - die Diskussion entwickelt sich

Vom 24.10.2008 bis zum 26.10.2008 wird der 3. deutschsprachige Grundeinkommenskongress in Berlin stattfinden.

Dort werden Wissenschaftler und Politiker aus Deutschland, Österreich und der Schweiz die verschiedenen Modelle eines Grundeinkommens diskutieren.

Das beginnt mit der Idee der solidarischen Bürgersicherung des thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus, geht über das Modell von Götz Werner (ehemaliger Chef der Drogeriehandelskette dm) bis hin zu den Denksätzen in unserer Partei. Sowohl in der CDU als auch in der FDP und bei den Grünen werden Ansätze und Modelle verschiedenster Art für ein Grundeinkommen bei den einen bedingungslos bei anderen nicht, diskutiert. Einzig die SPD geniert sich noch, aber auch hier beginnt allmählich zart ein Diskussionswille zu sprießen.

„Wir vollziehen gerade einen Wandel hin zu einem Markt, der zum allergrößten Teil ohne menschliche Arbeitskraft funktioniert. Bis 2010 werden nur noch 12 % der arbeitenden Bevölkerung in Fabriken gebraucht. Bis 2020 werden es weltweit nur noch zwei Prozent sein.“ (Jeremy Rifkin, 1995)

Wirtschaftspolitiker aus allen Lagern sagen voraus, dass wir in absehbarer Zeit mit 20 % der Weltbevölkerung in Erwerbsarbeit auskommen werden.

Und die anderen 80 Prozent? Ziehen wir noch mal großzügig 20% ab, die die Aufgabe haben, analog der jetzigen Praxis, die restlichen

Menschen zu kontrollieren, ihre Bedürftigkeit für ein Almosen, das keine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht, zu prüfen, dann bleiben 60 % (über die Hälfte!) der Weltbevölkerung auf der Strecke. Menschen, die in unseren Breiten keinen Zugang zu Bildung gemäß ihren Fähigkeiten, zu Kunst und Kultur haben. In anderen Breiten keinen Zugang zu Informationen, zu sauberem Wasser und Brot. Hier möchte ich kurz einfügen, auch in unseren Regionen nützen alle Informationen nichts, wenn nicht gelernt werden konnte, diese zu werten und mit ihnen umzugehen. Ist da nicht ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches wesentlich über dem Existenzminimum liegt, die vernünftige Alternative? Ein Grundeinkommen, das das gesellschaftliche Leben wieder erfahr- und erlebbar macht. Das Wort „Niedriglohnsektor“ würde wieder dahin verschwinden, wo es hingehört - in den Orkus.

Die so genannten prekären Arbeitsverhältnisse könnten der Vergangenheit angehören, denn niemand wäre mehr gezwungen, solche Arbeit anzunehmen.

Merke: „Die Nachfrage regelt den Markt.“

Welches kreative Potenzial könnte für die Gesellschaft, für unseren Planeten freigesetzt werden? Welche Hochzeit der Kunst und Kultur könnte es geben? Welche Impulse für die Entwicklung der Menschen könnte ein solcher Schritt auslösen? Und nicht zuletzt könnte doch

der Geschlechterkampf in einer neuen Qualität ausgestritten werden.

Sicher, es wird auch diejenigen geben, welche eben nicht mehr teilhaben wollen. Weil sie es verlernt haben? Weil ihnen ein Leben lang nichts anderes übrig blieb?

Solche und viele noch weitere reichende Fragen wurden gerade in der Aktionswoche zum Grundeinkommen, organisiert vom Netzwerk Grundeinkommen, vom 15.09.2008 bis zum 21.09.2008, in über 60 Veranstaltungen bundesweit diskutiert.

Anzeige zum Kongress:

Mit den Kongressen in Wien 2005 und in Basel 2007 haben wir eine Tradition internationaler deutschsprachiger Kongresse zum bedingungslosen Grundeinkommen begründet. Schon in diesem Jahr setzen wir diese mit dem dritten Kongress in Berlin fort.

Wir wollen:

- * eine länderübergreifende, öffentlichkeitswirksame Debatte
- * für die Idee in einem engen Zusammenhang mit anderen emanzipatorischen Themen und Bewegungen werben.
- * eine wissenschaftlich fundierte Debatte
- * Orientierung in der Vielfalt der unterschiedlichen Konzepte und Ansätze für ein BGE geben
- * mögliche Wege einer schrittweisen Einführung eines BGE im nationalen, europäischen und globalen Rahmen diskutieren.

Marianne Böttcher

www.grundeinkommen.de

www.die-linke-grundeinkommen.de

Gebührenerhöhung von 95 Cent ist Entscheidung mit Augenmaß

Stefan Gebhardt

Die Fraktion DIE LINKE hat angekündigt, der Gebührenerhöhung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zuzustimmen. In der Beurteilung des 11. Rundfunkstaatsvertrages gehen die Meinungen innerhalb der Partei auseinander. Für eine Zustimmung gibt es nach Auffassung der sachsen-anhaltischen Abgeordneten allerdings gute Gründe, die es allemal verdienen, dass man sich sachlich und ohne Polemik mit den Aufgaben und der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auseinandersetzt. In der letzten Landtagssitzung wurde der 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrag als Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht und zur weiteren Beratung in den Fachausschuss überwiesen. Inhalt des Staatsvertrags ist eine Gebührenerhöhung für den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk um 95 Cent ab dem kommenden Jahr. DIE LINKE trägt diese Entscheidung mit, da sie aus unserer Sicht mit Augenmaß getroffen wurde und nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Politik kaum Handlungsspielraum bleibt.

Am 11. September 2007 entschied das Verfassungsgericht, dass der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk staatsfern sein muss. Ein Staatsrundfunk verbietet sich schon allein wegen der Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus. Diese gewollte Staatsferne hat auch Konsequenzen bei der Festsetzung der Rundfunkgebühr. Sie wird zwar von den Landesparlamenten beschlossen, aber zuvor in ihrer Höhe

von einer unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (kurz genannt KEF) empfohlen. Das Bundesverfassungsgericht sprach in seinem Urteil der KEF eine starke Position zu, dass nämlich deren Empfehlung für die Politik verbindlich ist und umgesetzt werden muss. Nur in exakt begründeten Ausnahmefällen darf die Politik von dieser KEF-Empfehlung abweichen.

DIE LINKE hält einen Öffentlich-Rechtlichen und somit staatsfernen Rundfunk für das Funktionieren einer Demokratie für unverzichtbar, da er das Grundrecht der Bürgerinnen und Bürgern auf Information, und auf freie Meinungs- und Willensbildung garantiert. Dieser ist für alle frei und unverschlüsselt empfangbar und hat einen Informations- und Bildungsauftrag. Die Geschmäcker und die Einschätzungen darüber, wie er diesem Auftrag gerecht wird, gehen ganz sicher auseinander. Im Vergleich mit den Programmen der kommerziellen Sender schneiden sie in ihrem Niveau und der angebotenen kulturellen Vielfalt allemal besser ab. Und das allein ist es wert zu unterstützen und zu erhalten - und zwar gegen den Widerstand einiger Konservativer, der allerdings mittlerweile zu bröckeln beginnt.

Warum spricht DIE LINKE bei der Gebührenerhöhung von 95 Cent von einer Entscheidung mit Augenmaß? Die Öffentlich-Rechtlichen Anstalten ARD, ZDF und Deutschlandradio hatten bei der KEF einen Mehrbedarf von insge-

samt 1,69 • angemeldet. Mit der von der KEF empfohlenen Erhöhung um 95 Cent blieb die unabhängige Kommission deutlich unter den Forderungen der Anstalten. Schon allein die ARD hatte einen Bedarf von 95 Cent mehr angemeldet, jetzt sollen sie 56 Cent mehr erhalten. Dies entspricht einem Aufwuchs von 1,2 %. Die Teuerungsrate lag im letzten Jahr allerdings schon bei 2,2 %. Somit wird mit der Gebührenerhöhung für die ARD lediglich die Hälfte der Teuerungsrate ausgeglichen. Hieran kann man erkennen, dass die Empfehlung der KEF keine Unverschämtheit darstellt, sondern stattdessen mit Augenmaß gehandelt und entschieden wurde.

Ab dem kommenden Jahr wird dann die Rundfunkgebühr 17,98 im Monat betragen. Vergleicht man diese Summe mit den monatlichen Kosten eines Abonnements einer Tageszeitung, stellt man fest, dass man für ein Zeitungsabo mehr bezahlt. Mit der Rundfunkgebühr bezahlt man insgesamt 22 Fernsehprogramme, 64 Radioprogramme der ARD, die beiden bundesweit empfangbaren Radiokanäle von Deutschlandradio, diverse Online-Angebote und technische Neuerungen wie DVB-T, DVB-H und die zeitunabhängig nutzbaren Internet-Mediatheken. Wenn man noch berücksichtigt, dass die meisten dieser Angebote werbefrei sind und fast ausschließlich durch die Rundfunkgebühr finanziert werden, muss man feststellen, dass hier das Preis-Leistungs-Angebot sehr stimmig ist.

Mehr Bildung über die DDR erwünscht (3) Heute: „SED-Diktatur“ und „Blockflöten“

Zum Unterschied zur Sowjetunion, in der nur eine einzige Partei zugelassen war, gab es in der DDR 5 Parteien:

SED, CDU, LDPD, DBD und NDPD.

Das war ein gewaltiger Fortschritt im Denken der Machthabenden und ein wichtiges Element der Demokratie.

Noch vor (!) der Gründung der DDR hatten sich im Osten die Parteien zur Abstimmung in Grundfragen der Politik zum „Block der demokratischen Parteien“ zusammengeschlossen.

Unbestritten bleibt die Dominanz der SED in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durch Reden und Beschlüsse, Beherrschung der Polizei und der Justiz, Besetzung leitender Funktionen und das Wirken ihrer zahlreichen Mitglieder. Die SED war eine Massenpartei. 1968 wurde in der Verfassung der DDR die „führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ (Artikel 1) festgeschrieben, am 1. Dezember 1989 aus der Verfassung gestrichen. Unbestritten bleibt auch die Verantwortung der SED, ihrer Funktionäre und Mitglieder, für Erfolge, für Unrecht und Fehlentwicklungen in der DDR. Rechtfertigen diese Feststellungen zur Einschätzung der DDR-Gesellschaft als „SED-Diktatur“?

Der Terminus „SED-Diktatur“ vermittelt den Eindruck, die DDR sei ein Ein-Parteien-System ohne parlamentarische Spielregeln gewesen. Dem war nicht so. Die Bezeichnung „SED-Diktatur“ negiert ganz bewusst die Mitwirkung der anderen Parteien und parteilosen Bür-

ger/innen an der Ausgestaltung der DDR.

CDU, LDPD, DBD und NDPD, die von manchem als „Blockflöten“ bezeichnet werden, waren im Parlament, in der Regierung und im Staatsrat vertreten. In der „Volkskammer“ hatten sie stets zusammen mehr Abgeordnete als die SED-Fraktion sowohl vor der „Mauer“ als nach der „Mauer“. Seit 1986 hatte die SED-Fraktion z. B. 127 Abgeordnete, die Fraktionen der „Blockparteien“ umfassten 208 Mitglieder. Zu jeder Zeit hatten diese Abgeordneten Mitwirkungsmöglichkeiten, konnten Gesetzesentwürfe beeinflussen oder ablehnen. Tatsache ist, dass sie diese Möglichkeiten nicht als Opposition zur SED verstanden, daher keine Politik gegen die SED

machten. Sie tragen Mitverantwortung für alles Geschehen in der DDR – positiv wie negativ. Die „Blockparteien“ lediglich als „Handlanger der SED“ einzustufen, wird dem tatsächlichen Engagement bei der Mitgestaltung der DDR-Gesellschaft nicht gerecht. Die Bezeichnungen „SED-Diktatur“ und „Blockflöten“ sind Vokabeln aus der Zeit des kalten Krieges. Sie verzerren das tatsächliche Geschehen.

In schweren politischen und personellen Auseinandersetzungen entwickelte sich die SED 1989/1990 zur PDS. CDU (Ost) und DBD fusionierten mit der CDU-West (1990).

NDPD und LDPD wurden 1990 von der FDP aufgenommen.

G. Nau

Hilfe für Kuba

Wir alle kennen die Bilder der Verwüstungen, welche die Hurrikane Gustav und Ike angerichtet haben. Besonders auch auf Kuba. Sieben Menschenleben waren zu beklagen.

Unsere Solidarität ist gefragt. Cuba Si bereitet die Entsendung von zwei Schiffscontainern mit 15 Tonnen Hilfsgütern vor.

Das Milchprojekt von Pinar del Rio (eine der am schwersten betroffenen Regionen) muss wieder aufgebaut werden. 4355 Tonnen Lebensmittel wurden in Lagerhäusern und Geschäften vernichtet. Krankenhäuser, Polikliniken, Arztpraxen, Schulen, Wohnhäuser usw. wurden schwer beschädigt.

Wir möchten alle Leserinnen und Leser des Linken Blattes herzlich um Solidarität mit dem kubanischen Volk bitten.

Jeder Euro hilft!

Sonderspendenkonto DIE LINKE/Cuba Sí
Konto-Nr.: 13222210
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)
VWZ: Milch für Kubas Kinder / Pinar del Rio

Ralf und Marianne Böttcher